

## INHALT

1. Günther fordert unverzügliche Umsetzung der Beschlüsse zur Asylpolitik auf Landesebene
2. Kartengrundlagen des Ausnahmeverfahrens für Windenergieanlagen im Internet abrufbar
3. KAS veröffentlicht Leitfaden für Flüchtlinge in deutscher und arabischer Sprache
4. CDU-Fraktion will 24-Stunden-KiTas
5. Verhandlungen zwischen Land und Kommunen über Flüchtlingskosten gescheitert
6. Land will Schülern erst 2016 einstellen
7. Nur Deutsche Raser werden auf Rader Hochbrücke zur Kasse gebeten
8. SPD, Grüne und SSW wollen Gemeinden zu Minderheitenbericht verpflichten
9. CDU-Landtagsfraktion auf der Mittelplatte

06.11.2015

### **Günther fordert unverzügliche Umsetzung der Beschlüsse zur Asylpolitik auf Landesebene CDU-Landtagsfraktion will, dass Landesregierung keine weitere Zeit verliert**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, hat Ministerpräsident Torsten Albig heute aufgefordert, für eine unverzügliche Umsetzung der am gestrigen Donnerstag auf Bundesebene getroffenen Vereinbarungen in der Asylpolitik zu sorgen (Link siehe unten).

„Bei einer wirksamen Umsetzung dieser Beschlüsse können unsere Kommunen und die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ihre Aufmerksamkeit endlich voll auf die Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten konzentrieren“, sagte Günther in Kiel.

So forderte er die Landesregierung auf, schnell die vereinbarte zentrale Stelle des Landes für die Zusammenarbeit mit der für eine erleichterte Abschiebung sorgende Organisationseinheit des Bundes zu benennen. Auch müsse wie vereinbart unverzüglich eine ausreichende Zahl qualifizierter Mitarbeiter für die Organisationseinheit des Bundes abgestellt werden. „Damit kann es gelingen, endlich die große Zahl an rechtskräftig Ausreisepflichtigen auch tatsächlich

abzuschieben“, so Günther.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende begrüßte, dass für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, mit Wiedereinreisesperren, mit Folgeanträgen oder ohne Mitwirkungsbereitschaft künftig besondere Aufnahme-Einrichtungen bestimmt werden, in denen beschleunigte Asylverfahren durchgeführt werden.

„Diese Forderung hat meine Fraktion bereits vor einem halben Jahr gestellt. Nun wurde vereinbart, in diesen besonderen Einrichtungen innerhalb einer Woche das Verwaltungsverfahren und das Rechtsmittelverfahren innerhalb von zwei Wochen durchzuführen. Rückführungen werden direkt aus diesen Zentren erfolgen. Damit wird es endlich möglich sein, Asylbewerber ohne Bleibeperspektive gar nicht erst auf die Kommunen zu verteilen“, so Günther.

Auch die Aussetzung des Familiennachzuges für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für zwei Jahre sei geeignet, den Zustrom der Flüchtlinge zu begrenzen. Gut sei ebenfalls, dass wirksame Sanktionen für den Fall eines Verstoßes gegen die verschärfte Residenzpflicht in den besonderen Einrichtungen vereinbart wurden. „Damit wird sicher gestellt, dass die Asylbewerber bis zum Abschluss ihres Verfahrens tatsächlich in der Einrichtung bleiben“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Angesichts der Äußerungen von Ministerpräsident Torsten Albig und seinem Stellvertreter Robert Habeck befürchte er jedoch, dass Schleswig-Holstein die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen einmal mehr verschleppen werde. „Schließlich haben SPD, Grüne und SSW viele der Vereinbarungen im Landtag bislang kategorisch abgelehnt. Jetzt ist Ministerpräsident Albig gefordert. Er hat sich vor der gestrigen Sitzung beschwert, dass bei diesen Treffen zu viel geredet und zu wenig gehandelt wird. Mit der schnellen Umsetzung der Beschlüsse kann Albig beweisen, dass er es anders macht“, so Günther.

Link zur Vereinbarung:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/11/2015-11-06-kanzleramt-fluechtlingspolitik.html>



Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther

---

## **Kartengrundlagen des Ausnahmeverfahrens für Windenergieanlagen im Internet abrufbar Anhörung für die neuen Wind-Regionalpläne soll Mitte 2016 starten**

In dieser Woche stand das dritte „Planungsgespräch Windenergie“ auf der Tagesordnung.

Ministerpräsident Albig stellte Vertretern der kommunalen Landesverbände, den Bereichen Windenergie, Energiewirtschaft, Netzausbau, Naturschutz, Tourismus sowie Vertretern der Landtagsfraktionen seine Sicht auf den Ausbau der Windenergie nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts und der Neufassung des Landesplanungsgesetzes im Juni vor.

Von insgesamt 489 Alt- und Neuanträgen (vor und nach dem Urteil) wurden demnach bislang lediglich 34 Ausnahmen zugelassen. 40 weitere Fälle sind entscheidungsreif mit positiver Tendenz. 83 Fälle wurden entweder nicht genehmigt oder zurückgezogen. Alle anderen sind noch in der Bearbeitung. Bei 185 davon muss die Überarbeitung der Regionalplanung abgewartet werden.

Die Kartengrundlagen des Ausnahmeverfahrens für Windenergieanlagen sind nun im Internet abrufbar (Link siehe unten). Etwa 93 Prozent der Fläche des Landes sind demnach Tabuzonen, in denen die Nutzung von Windkraftanlagen ausgeschlossen ist. Die Karten stellen somit jene Flächen dar, in denen noch eine Abwägung stattfinden muss. Nach Auskunft der Landesregierung sind noch etwa 1.100 Flächenstücke übrig, welche die Grundlage für die weitere Auswahl bilden.

Am Ende des Auswahlprozesses sollen etwa zwei Prozent der Landesfläche Vorrangflächen für die Windenergienutzung sein. Mitte nächsten Jahres soll nach dem Willen der Landesregierung die Anhörung für die neuen Wind-Regionalpläne starten.

Kartengrundlagen des Ausnahmeverfahrens:

[http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung\\_raumordnung/windeignungsflaechen\\_ausweisung/karten\\_ausnahmeverfahren.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/windeignungsflaechen_ausweisung/karten_ausnahmeverfahren.html)

---

### **KAS veröffentlicht Leitfaden für Flüchtlinge in deutscher und arabischer Sprache Von rechtlichen Fragen bis hin zu alltagspraktischen Hinweisen für erste Schritte in der neuen Umgebung**

Die Konrad Adenauer Stiftung (KAS) hat in dieser Woche in Zusammenarbeit mit dem Herder Verlag einen Leitfaden "Deutschland. Erste Informationen für Flüchtlinge" in deutscher und arabischer Sprache veröffentlicht. Er fasst die wesentlichen Informationen über Deutschland zusammen, die jeder Neuankömmling wissen sollte, um das Land besser zu verstehen. Das reicht von grundlegenden Fakten über rechtliche Fragen bis hin zu wichtigen ethischen Gesichtspunkten, welche die Grundlage des Zusammenlebens in einem demokratischen Rechtsstaat bilden. Alltagspraktische Hinweise für die ersten Schritte in der neuen Umgebung und ein kurzer Sprachteil runden die Informationen ab.

Für die vielen ehrenamtlichen Helfer und vor allem die Flüchtlinge ist das sicher eine praktische Hilfe. Der Leitfaden ist im Buchhandel und als kostenfreie App für IOS und Android verfügbar. Kommunen können über die KAS auf [www.kas.de](http://www.kas.de) Sammelbestellungen der gedruckten Ausgabe zu deutlich vergünstigten Konditionen vornehmen.

---

### **CDU-Fraktion will 24-Stunden-KiTas Kinder sollen KiTa besuchen können, wenn Eltern arbeiten**

Die CDU-Fraktion hat für die kommende Landtagsitzung einen Antrag eingebracht, der den Ausbau so genannter 24-Stunden-KiTas zum Ziel hat. „Es geht uns ausdrücklich nicht darum, dass Kinder 24-Stunden am Tag betreut werden. Unser Ziel ist, dass Kinder von Schichtarbeitern die Kita dann besuchen können, wenn ihre Eltern nicht da sind“, begründete

die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, ihren Antrag (Link siehe unten).

Das Angebot der 24-Stunden-KiTa soll sich ausschließlich an jene Eltern richten, die regelmäßig aufgrund von Schicht- und Nachtarbeit, Arbeit an Wochenenden oder Feiertagen Schwierigkeiten haben, ihr Kind in einer regulären Kindertagesstätte betreuen zu lassen. Die Betreuungszeit der Kinder soll nicht über das übliche Maß hinaus gehen.

Die Öffnungszeiten vieler Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein gingen häufig am Arbeitsleben vorbei: „Wer heute als Servicekraft in der Gastronomie, als Krankenpfleger oder als Polizistin arbeitet, den stellen die üblichen Kita-Öffnungszeiten vor große Probleme“, so die CDU-Abgeordnete.

Gerade die Betreuung zu Randzeiten sei für viele Eltern, insbesondere für Alleinerziehende, Voraussetzung, um einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können. Dabei ginge es um viel mehr als das Ziel, die Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit sicher zu stellen. „Wer Schicht arbeitet, der kennt das: Wenn Mama oder Papa nach Haus kommen, muss das Kind zur KiTa. Und wenn es aus der Kita kommt, müssen Mama oder Papa zur Schicht. Da sehen Eltern und Kinder sich manchmal nur für Minuten. Das wollen wir ändern“, so Rathje-Hoffmann.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3503.pdf>



Katja Rathje-Hoffmann, familienpolitische Sprecherin

---

## **Verhandlungen zwischen Land und Kommunen über Flüchtlingskosten gescheitert Günther: Albig lässt Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern**

Die Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den Kommunen über die Verteilung der Flüchtlingskosten sind an diesem Donnerstag ohne Ergebnis vertagt worden. Damit wird die Zeit knapp. Denn am Dienstag will Finanzministerin Monika Heinold ihre Nachschiebeliste für den Haushalt 2016 durch das Kabinett bringen.

Nach Ansicht der Kommunen wird durch Heinolds bisherigen Vorschlag weder eine faire Aufteilung der zusätzlichen Mittel des Bundes in Höhe von 670 Euro pro Flüchtling noch eine angemessene Kostenentlastung für alle kommunalen Ebenen erreicht. Darüber hinaus wolle die Landesregierung den Kommunen einseitig das Risiko steigender Flüchtlingskosten auferlegen.

„Offensichtlich will die Landesregierung auf Kosten der Kommunen Geld aus den Flüchtlingsmitteln des Bundes einbehalten. Diese Verhandlungslinie werden die Minister nicht

ohne Zustimmung des Regierungschefs einnehmen. Das ist die persönliche Verantwortung des Ministerpräsidenten“, sagte dazu der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, in Kiel.

Albig werde damit wortbrüchig. Er habe bislang behauptet, die Flüchtlingshilfe der Kommunen werde an fehlendem Geld nicht scheitern. Besonders perfide sei jedoch, dass Albig sich auf Bundesebene immer wieder über ein würdeloses Geschacher um Geld beschwert habe. Er selbst lasse jedoch die in der Flüchtlingshilfe engagierten Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern. „Die Kommunen werden die Enden bei der Aufstellung ihrer Haushalte nicht zusammen bekommen“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

„Jeder weiß, mit welcher moralischen Keule Albig gearbeitet hätte wenn die Verhandlungen bei der Bundeskanzlerin über die Finanzierung der Flüchtlingshilfe ergebnislos abgebrochen worden wären. An diesen Worten muss er sich jetzt messen lassen“, sagte Günther.

---

### Land will Schulassistenten erst 2016 einstellen

#### Franzen: Ministerin Ernst blamiert sich bis auf die Knochen



Heike Franzen, Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung

Erst sollten die von SPD, Grünen und SSW unbedingt gewollten Schulassistenten nach den Sommerferien eingestellt werden. Dann peilte Ministerin Ernst den November als Starttermin an. In dieser Woche verschob sie die Einstellung auf Januar kommenden Jahres. Offizielle Begründung der Landesregierung: Es gibt viele Bewerber. Der Personalrat müsse in die Auswahlverfahren eingebunden werden.

„Jetzt ist auf einmal die gute Bewerberlage Schuld daran, dass den Schulen und den betroffenen Kinder weiter die nötige Unterstützung vorenthalten wird. Ist es für die sozialdemokratische Bildungsministerin allen Ernstes eine Überraschung, dass der Personalrat in Einstellungsverfahren zu beteiligen ist? Man könnte lachen, wenn einem die Kinder nicht leid täten“, sagte dazu die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen.

Besonders peinlich sei für die Ministerin, dass die Kommunen und andere Träger es geschafft hätten, ihre Schulassistenten rechtzeitig an den Start zu bringen.

## Nur Deutsche Raser werden auf Rader Hochbrücke zur Kasse gebeten CDU fordert Gleichbehandlung in- und ausländische Temposünder



Verkehrspolitiker Hans-Jörn Arp

Seit Mitte September sind die Blitzer auf der Rader Hochbrücke scharf geschaltet. Über 10.000 Verkehrssünder gab es seitdem. Davon wurden jedoch nur etwa die Hälfte zur Kasse gebeten. Grund dafür ist nach Angabe von Verkehrsminister Reinhard Meyer, dass ausländische Verkehrssünder nicht verfolgt werden können.

Vor diesem Hintergrund warf CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp Minister Meyer Versagen vor. Die CDU fordert eine Gleichbehandlung in- und ausländischen Fahrer und Logistikunternehmer.

„Meyer kassiert die privaten Autofahrer und Logistikunternehmer aus Deutschland auf der Brücke ab. Tausende Temposünder aus dem Ausland kommen jedoch ungeschoren davon. Dass Meyer überhaupt nichts tut, um diese Ungerechtigkeit zu beheben, ist Versagen im Amt“, kritisiert Arp scharf.

Dass es keine Regelung für diesen Missstand gibt, liegt nach Angaben des Ministers daran, dass Dänemark bislang ein entsprechendes EU-Abkommen nicht umgesetzt hat. Der Austausch von Verkehrsdaten mit Dänemark findet deshalb bislang nicht statt.

„Die CDU hat immer davor gewarnt, dass es schwierig sein wird, die Bußgelder von ausländischen Verkehrssündern später einzutreiben. Aber niemand hindert die Landesregierung daran, Verkehrssünder sofort nach dem Blitzen auf einen Parkplatz zu ziehen und vor Ort zu kassieren. Man muss es nur wollen“, so Arp.

Der CDU-Abgeordnete zeigte sich angesichts der Ungleichbehandlung besorgt über die Akzeptanz der Geschwindigkeitsbegrenzung. Bislang sei diese sehr hoch, da den Schleswig-Holsteinern bewusst ist, dass sie für den Erhalt der Brücke unbedingt notwendig ist.

„Diese Akzeptanz wird sinken, wenn nur bei Bundesbürgern Geschwindigkeitsüberschreitungen geahndet werden. Auch deshalb muss Meyer dafür sorgen, dass alle Temposünder ihre verdiente Strafe auch bekommen“, appelliert der CDU-Verkehrsexperte.

## **SPD, Grüne und SSW wollen Gemeinden zu Minderheitenbericht verpflichten** **Nicolaisen: Reine Symbolpolitik schafft zusätzliche Bürokratie**

SPD, Grüne und SSW wollen die Gemeinden durch eine Änderung der Gemeindeordnung dazu verpflichten, regelmäßig einen Bericht über den Schutz und die Förderung der in der Verfassung genannten Minderheiten zu verpflichten. Ein entsprechender Antrag (Link siehe unten) soll in der Novembersitzung des Landtages in erster Lesung beraten werden.

„SPD, Grüne und SSW lassen wirklich keine Gelegenheit aus, ehrenamtliche Kommunalpolitiker durch ihre Symbolpolitik mit immer neuer zusätzlicher Bürokratie zu überziehen. Diese Berichtsverpflichtung ist überflüssig wie ein Kropf. Mehr Aktenordner haben noch nie für mehr Leben in den Gemeinden gesorgt. Und darum geht es ja wohl beim Schutz der Minderheiten“, sagte CDU-Kommunalpolitikerin Petra Nicolaisen dazu.

Die Verpflichtung der Gemeinden zum Schutz der Minderheiten sei bereits in der Verfassung verankert. Vor diesem Hintergrund sei die zusätzliche Fixierung in der Gemeindeordnung unnötig. „Die Gemeinden nehmen diese Aufgabe bereits heute wahr. Und die Minderheiten sind angesichts ihrer herausgehobenen verfassungsrechtlichen Stellung durchaus in der Lage, innerhalb der Gemeinden ihre Interessen wirkungsvoll zu vertreten“, so Nicolaisen.

Der durch die Berichtspflicht entstehende Formalismus werde einer aktiven und kreativen Umsetzung der Förderung der Minderheiten im Wege stehen. „Aber immerhin können dann wieder Berichte abgeheftet werden. Die Ordner werden neben denen für das Tariftreuegesetz verstauben“, so die Kommunalexpertin.

Link zur Drucksache:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3500.pdf>



Petra Nicolaisen, kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

---

## **CDU-Landtagsfraktion auf der Mittelplate** **Umweltpolitiker informieren sich über Sicherheits- und Umweltstandards**

Unter der Leitung des Wahlkreisabgeordneten Jens-Christian Magnussen besuchte der Fraktionsarbeitskreis „Umwelt“ der CDU-Landtagsfraktion zusammen mit dem CDU-Kreisvorstandsmitglied Jens Rave die Bohr- und Förderinsel Mittelplate, auf der vor Dithmarschen im Wattenmeer 100 Fachleute Öl fördern.

Vor Ort informierten sich die Landtagsabgeordneten im laufenden Betrieb über die Sicherheitsvorkehrungen des Mittelplate-Konsortiums der DEA-Wintershall. Seit 28 Jahren wird – ohne Zwischenfall – im Nationalpark auf einer abgeschotteten, künstlichen Insel Öl gefördert. „Dies ist in Deutschland einmalig und selbst Umweltverbände erkennen diese Bemühungen ohne Abstriche an,“ so Magnussen.

„Aus Deutschlands größter Lagerstätte wurden bisher 30 Millionen Tonnen Öl gefördert und bis Ende 2041 sollen noch einmal weitere 20 Millionen Tonnen hinzukommen“, zeigte sich Finanzpolitiker Hans Hinrich Neve überrascht. Damit sei dies eine der stabilsten Einnahmequellen des Landes Schleswig-Holstein.

Der Agrar- und Umweltausschussvorsitzende, Hauke Göttisch, hob besonders das Einhalten der hohen Umweltstandards hervor. „Entgegen bisweilen angeführten Behauptungen wird das gesamte anfallende Erdölgas verstromt oder an Land verbracht. Der gesamte Methanausstoß pro Jahr entspricht gerade einmal der Methanproduktion von zehn Kühen,“ so Hauke Göttisch abschließend.



Besuch der Mittelplate

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)